

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 06 88 848 ppbn d

Inhalt

Johannes Rau MdL, Stellvertretender Vorsitzender der SPD und Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, zum Auftakt des 20. Evangelischen Kirchentages: Umkehr zum Leben. Seite 1

Norst Sielaff MdB, Bundesvorsitzender des Zentralverbandes der Mittel- und Ostdeutschen (ZMO), setzt sich mit den ostpolitischen Vorstellungen Zimmermanns auseinander: Provokatorisch. Seite 3

Inge Wettig-Danielmeier MdL, Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen, beschreibt die Aufgaben der Jubiläumskonferenz ihrer Organisation: Frauen-Widerstand gegen die Wende. Seite 5

Dr. Liesel Hartenstein MdB, Arbeitsgruppe "Umweltpolitik" der SPD-Bundestagsfraktion, stellt zehn Forderungen zur Bekämpfung der vom Menschen verursachten Hochwasserkatastrophen vor: Notwendige Kurskorrektur. Seite 7

38. Jahrgang / 107

8. Juni 1983

Umkehr zum Leben

Zum 20. Deutschen Evangelischen Kirchentag

Von Johannes Rau MdL

Stellvertretender Vorsitzender der SPD und Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen

Auf dem dicken Programmheft des 20. Deutschen Evangelischen Kirchentages sieht man ein rostiges Eisenbahngleis, das bald blockiert wird. Um das Eisengestell des blockierenden Puffers schlängelt sich ein frischer grüner Zweig. Das Symbol ist deutlich: Unsere Fahrt in die Zukunft wird gestoppt, wenn wir nicht in Frieden mit der Schöpfung leben.

"Kehrt um und glaubt - erneuert die Welt", unter diesem Motto stand der Düsseldorfer Katholikentag 1982. "Umkehr zum Leben", das ist die Losung des Evangelischen Kirchentages, der am 8. Juni in Hannover beginnt.

Sozialdemokraten, darunter Hans-Jochen Vogel und ich, waren Gesprächspartner der katholischen Mitbürger, sie werden es auch in der Begegnung mit Frieden suchenden evangelischen Tagungsteilnehmern in Hannover sein. Sie werden dort, ob nun auf dem "Markt der Möglichkeiten" oder bei Podiumsdiskussionen, ihre Meinung zu Themen sagen, die nicht nur die einhundertzwanzigtausend Gäste des Kirchentages, sondern viele Millionen in unserem Volk beschäftigen. Sie werden kritische Fragen hören und darauf nicht mit billigen Patentrezepten antworten. Sie werden sich mit Friedenssehnsucht und Friedensbewegung, aber auch mit Friedenspolitik auseinandersetzen. Dabei bin ich sicher, daß dies "Auseinandersetzen" nicht im wörtlichen Sinne erfolgen wird; wir Sozialdemokraten sitzen und gehen nicht getrennt von denen, die in tiefer Sorge um die Friedensfähigkeit in unserer Welt leben und die nach Wegen der Umkehr suchen.

In den letzten Tagen hat man hier und dort lesen können, daß dieser Kirchentag - natürlich unter dem Präsidenten Erhard



Eppler! - eine politische Demonstration des Minderheits-Widerstandes gegen die Politik des westlichen Bündnisses werden könne. Die Aufrufe von Friedensgruppen, durch das Tragen violetter Tücher auch äußerlich sichtbar Bereitschaft zu "Umkehr und Buße" zu zeigen, hat in seltsamer Weise zu früher Ablehnung und früher Verurteilung geführt. Befürchtungen, nur "violette Bekennen" und also Solidarisierung sei auf dieser Veranstaltung erlaubt, halte ich schlicht für absurd. Wer vor zwei Jahren in Hamburg dabei war, weiß, daß angesichts von Welt- und Menschenbedrohung junge Christen nicht nur hart in der Sache debattieren, sondern auch redlich und oft sogar brüderlich mit Andersdenkenden umgehen können. Natürlich werden Minister, Politiker auch verbal attackiert - dem müssen sie sich in einer Demokratie wohl stellen! Und wen kann es verwundern, wenn da viele in gemeinschaftlichem Glauben hoffend, singend, betend danach trachten, "anders zu leben, zu glauben und zu handeln"?

Es wird in Hannover - wie in Hamburg und wie zuletzt in Düsseldorf - wieder nach einer Zukunft ohne Waffen, nach einer Kirche des Friedens, nach Einspruch gegen atomare Drohung, nach Rettung der Schöpfung, nach Gerechtigkeit, aber auch nach Arbeit und Arbeitsplätzen, nach Macht und Ohnmacht der Frauen, nach der Rolle unserer Technik und Wissenschaft, nach dem Zusammenleben mit Ausländern und nach dem Zusammenleben mit Juden gefragt werden. Viele Tausende werden von neuem mit der Bibel leben und werden hören, was dieser Satz heißen kann: "Trau Dich, Christ zu sein."

Es wird Nachtgebete, Abendmahlsfeiern, viel offenes Singen, Bibelarbeit, gemeinsamen Tanz und gemeinsames, langes Schweigen geben. Es werden christliche Stimmen aus Nord- und Südamerika, aus Afrika und aus vielen diakonischen Werken zu Wort kommen. Die Stimmen werden von sehr Konkretem sprechen, immer noch von Unterdrückung, von Rassentrennung, vom Übermut der Macht, von den Schwierigkeiten mit der "Umkehr", von mangelnder Freiheit und von den vielen Ängsten.

Das wird ein Katalog sein, der Sozialdemokraten besonders bewegen muß. Wir werden der Versuchung widerstehen müssen, um verbreiteter Zustimmung willen unsere Antworten und Rückfragen an Maßstäben zu orientieren, die nicht unsere Maßstäbe sind und es auch in verantwortungsbewußter Opposition nicht sein können. Wir werden aber auch deutlich machen müssen, wo und wie wir Friedenspolitik frei von Risiken und Halluzinationen zielbewußt betreiben möchten, wie wir Konflikte zwischen Ökonomie und Ökologie lösen wollen, wie wir von der neuen Zweiklassen-Gesellschaft der Arbeitbesitzenden und Arbeitslosen wegkommen wollen und welchen Preis wir zu zahlen bereit sind, was wir vielen zumuten wollen, um den sozialen Frieden zu sichern.

Der Kirchentag wird nicht nur die Kirche herausfordern; das hat diese große Laiengemeinde immer getan. Er wird Politik und Politiker hartnäckig nicht nur nach ihrer Gesinnung, sondern nach ihren Taten und ihren Möglichkeiten befragen.

"Umkehr" kann für Sozialdemokraten nicht "Rückkehr" heißen, sondern neue und bessere Ordnung der Welt und der Gesellschaft. Dazu ist in der Tat Bewegung unverzichtbar, aber, bei allem Respekt, mehr als die violett gefärbte "Bewegung"! (-/8.6.1983/ks/rs)

+ + +



Friedrich Zimmermann: Ein ostpolitischer Provokateur

Der Angriff der konservativ-liberalen Regierung auf die Entspannungspolitik

Von Horst Sielaff MdB

Bundesvorsitzender des Zentralverbandes Mittel- und Ostdeutscher e.V. (ZMO)

Es mutet eigenartig - ja fast makaber - an, wenn die konservativ-liberale Regierung gerade im Jahre 1983 - 50 Jahre nach der Machtergreifung Hitlers - eine Zusammenfassung der Dokumentation über die Vertreibung der Deutschen veröffentlichen will.

Offensichtlich haben sich damit die Funktionäre der Altverbände der Vertriebenen, nämlich Czaja, Hupka und Hennig, mit ihrem Kurs gegenüber der Verständigungspolitik besonnener Koalitionspolitiker durchgesetzt. Obwohl das Wort Entspannung schon in der Regierungserklärung Kohls fehlte, hieß es aber noch: "Die Bundesrepublik Deutschland wird im Rahmen ihrer Friedenspolitik ihren Kurs der Verständigung, der Vertrauensbildung und der Zusammenarbeit mit den Staaten des Warschauer Paktes beharrlich und ohne Illusionen über die bestehenden Gegensätze weiterverfolgen."

Trotz vielfacher interner Belastungen erinnert man sich auch in Polen außenpolitisch gerade jetzt der Bonner Ost- und Entspannungspolitik der sozialliberalen Regierung, insbesondere des deutsch-polnischen Vertrages von 1970 und hofft nach wie vor immer noch auf eine substantielle Vertrags-Ausfüllung mit ausgeweiteten Inhalten.

25 Jahre nach der ersten Ausformulierung jenes Rapacki-Planes, durch den der damalige polnische Außenminister Adam Rapacki nicht nur eine atomwaffenfreie Zone für Mitteleuropa, sondern darüber hinaus eine generelle militärpolitische Ausdünnung im Herzen Europas und eine erst darauf basierende gesamt-europäische Sicherheitskonferenz zu erreichen hoffte, debattiert man auch heute wieder in Polens Öffentlichkeit über neue europäische Entspannungsmöglichkeiten; publizistische Beweise dafür liegen vor. Doch das derzeit "offizielle Bonn" zeigt sich in dieser Beziehung nicht mehr als ein für Warschau vertrauensverbreitender Gesprächspartner: mit aufgewärmten "Wiedervereinigungs"-Sprüchen namhafter Unionspolitiker, die bereits den Rapacki-Plan unmöglich machten und jede weitere Entspannungs-Initiative gegenüber Osteuropa ungemein erschwerten, denkt man heute überhaupt nicht mehr an neue europäische Perspektiven, sondern nur an eine Serie von ostpolitischen Provokationen.

Innenminister Zimmermann scheint sich dabei bewußt zum ostpolitischen Provokateur zu entwickeln. Er läßt sich keine Gelegenheit entgehen, um zur gezielten Torpedierung der früheren Entspannungspolitik in Richtung Osteuropa im allgemeinen und Polen im besonderen geradezu mit Methode beizutragen. Schon die von ihm Ende Januar dieses Jahres öffentlich unterstrichene Forderung nach dem "ganzen Deutschland in den Grenzen von 1937" rückte die Ostverträge ins Zwielficht und führte zu heftigen Protesten vor allem aus Polen.

Die von Zimmermann geplante Veröffentlichung der seit Beginn der 70er Jahre von den Altvertriebenen-Verbänden geforderte "Deutsche Vertreibungs-Dokumentation" wird zum jetzigen Zeitpunkt steigender West-Ost-Spannungen als ein weiterer gezielter Angriff gegen die mitteleuropäische Entspannungs- und Verständigungspolitik verstanden werden. Die schönen Worte des Bundeskanzlers in seiner Regierungserklärung werden nur noch belächelt werden. Und die Folgen davon trägt nicht nur die derzeitige Bundesregierung, sondern die gesamte Bevölkerung Mitteleuropas über die Bundesrepublik Deutschland hinaus, insbesondere aber die deutschstämmigen Menschen in den osteuropäischen Staaten selbst.



Mit der Veröffentlichung der Dokumentation über die Vertreibung der Deutschen werden die alten Polemiken und das Mißtrauen gegen Deutschland wieder aufleben. In offensichtlicher Beunruhigung über die jüngste Entwicklung in Bonn sind neuerdings auch in Polen einige Dokumentationen erschienen, die Zimmermanns ostpolitischer Provokationspolitik zu entgegnen versuchen. Einige Titel seien in deutscher Übersetzung genannt: Lech Janicki "Die BRD angesichts der territorial-politischen Nachwirkungen der Niederlage und des Untergangs des Dritten Reiches", Piotr Lippoczy/Tadeusz Walichowski "Die Umsiedlung der deutschen Bevölkerung aus Polen im Lichte der Dokumente", Wladyslaw Konopczynski "Unter dem Totenkopf" und das zweibändige Werk von Edmund Mazolewski "Die Erben des 'Reiches' in der BRD".

Werden die alten Polemiken mit Dokumentationen jetzt wieder aufleben, wie in der Kulminationszeit des Kalten Krieges, ohne daß jemals eine echte Aufarbeitung der gegenseitigen strittigen Vergangenheit stattfand? Welchen Sinn macht eine Dokumentation der Bundesregierung im Jahre 1983, wenn die Herausgeber selbst beteuern, daß es nicht um eine gegenseitige Aufrechnung von Unmenschlichkeiten und Verbrechen gehen soll? Wollen die "Sprecher in Sachen Ostpolitik" in der neuen Regierung etwa davon ablenken, daß der Verlust der Gebiete jenseits von Oder und Neiße und die Vertreibung von etwa 15 Millionen Deutschen die Konsequenzen einer nationalistischen deutschen Politik sind, die 1933 durch die Machtergreifung der Nationalsozialisten und der Zerstörung der Tschechoslowakei, dem Überfall auf Polen und der Vernichtung eines großen Teiles der polnischen Bevölkerung und der Entfesselung des Zweiten Weltkrieges mit der gezielten Vernichtung von Völkern zur "Erweiterung deutschen Lebensraumes" begann? Ist die historische Intellektualität des jetzigen Bundesinnenministers tatsächlich überfordert, um die weiteren Konsequenzen der geplanten Publikation zu überblicken?

Wer sich heute über Flucht und Vertreibung wirklich informieren will, findet eine ganze Reihe guter Bücher und Dokumentationen; die Herausgabe einer Dokumentation der Bundesregierung ist überflüssig, sie wird lediglich dazu führen, daß die Erfolge der Entspannungspolitik und vieler menschlicher Begegnungen zwischen Ost und West aufs Spiel gesetzt und bei den Völkern in Osteuropa neue Ängste geschürt werden.

Sebastian Haffner wird in dem von der Büchergilde Gutenberg herausgegebenen Buch "Flucht und Vertreibung" von Frank Grube und Gerhard Richter zitiert: "Aufrechnung hilft nicht weiter; Gedanken an Rache machen alles noch schlimmer. Irgendeiner muß die Seelengröße aufbringen, zu sagen: "Es ist genug".

Der überwiegende Teil der Menschen in Deutschland, die selbst Flucht und Vertreibung erfahren haben, haben diesen Schritt vollzogen, sie wollen die Verständigung und Zusammenarbeit mit Osteuropa und keine unnötigen Provokationen. (-/8.6.1983/hl/rs)

+ + +



Zehn Jahre AsF

Auf der Jubiläumsveranstaltung wird der Frauen-Widerstand gegen die Wende organisiert

Von Inge Wettig-Danielmaier MdL

Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF)

"Gleichheit jetzt" - unter diesem Motto findet vom 10. bis 12. Juni 1983 in der Stadthalle Bonn-Bad Godesberg die 6. Ordentliche Bundesfrauenkonferenz der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen statt. Recht auf Arbeit, Sicherung der Bildungs- und Sozialchancen von Frauen, Frieden und Abrüstung sowie Gleichstellung innerhalb der Partei - diese Arbeitsschwerpunkte hat sich die AsF für ihre Konferenz gesetzt. Mehr als 150 Anträge aus den regionalen Arbeitsgemeinschaften zu diesen Themen liegen bereits als Beratungsgrundlage vor.

Frauenarbeit steht in der SPD seit der Gründung dieser Partei, also seit 120 Jahren auf der Tagesordnung - die Frauenorganisation in ihrer jetzigen Form existiert jetzt genau zehn Jahre. Anlaß genug, um auf der Konferenz ein Resümee zu ziehen und Leitlinien für die künftige Arbeit zu entwickeln.

Mit der AsF erhielt die SPD erstmals wieder seit dem Beginn des Jahrhunderts eine Frauenorganisation, die ihre Vorstände auf den jeweiligen Ebenen selbst wählt (durch Mitgliederversammlungen, Unterbezirkskonferenzen, Bezirks- und Bundeskonferenzen). Zuvor waren Frauen von den jeweiligen Parteivorständen mit der Frauenarbeit beauftragt worden. Die AsF vertritt auf diese Weise 222.000 Frauen in der SPD, das sind 24 Prozent der Gesamtmitgliedschaft. Sie ist, nach meinem Erachten, die am besten durchorganisierte Arbeitsgemeinschaft der SPD mit aktiven Gruppen bis auf die kommunale Ebene.

Die AsF hat in den zehn Jahren ihres Bestehens ein umfassendes Gleichstellungsprogramm entwickelt, das in seinen wesentlichen Punkten auf dem Münchner Parteitag von der Gesamtpartei angenommen worden ist und auch im Regierungsprogramm 1983 seinen Niederschlag gefunden hat. Nach jahrelangen theoretischen Debatten ist sich die AsF darin einig, daß das Recht auf Arbeit für Frauen eine unabdingbare und wesentliche Voraussetzung für die Gleichstellung der Frau in der Gesellschaft ist. Sie kämpft konsequenterweise für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Männer und Frauen und gegen alle Tendenzen, Frauen das Recht auf Erwerbstätigkeit streitig zu machen.

Die Bedrohung der erzielten Fortschritte in der Gleichstellung der Frau durch eine konservative Bundesregierung und durch die Wirtschaftskrise sind wesentliche Inhalte der frauenpolitischen Anträge. Dazu kommt die besondere Bedrohung der Frauenarbeitsplätze durch die anstehende Rationalisierungswelle. Die AsF sieht in der von ihr seit 1977 geforderten täglichen Arbeitszeitverkürzung auf sieben und später sechs Stunden täglich einen wesentlichen Beitrag zur besseren Verteilung der vorhandenen Arbeit auf alle, aber auch einen Beitrag zur Humanisierung des Arbeitslebens, zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie und zur Verbesserung der demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Daneben allerdings hält sie zur Bewältigung der Arbeitsmarktkrise unter anderem gezielte Beschäftigungsprogramme für benachteiligte Gruppen, die Orientierung der öffentlichen und privaten Forschungs-, Technologie- und Investitionspolitik an ökologischen und sozialen Gesichtspunkten, und die Verbesserung der Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer für unerlässlich. Die Gleichstellung der Frau im Arbeitsleben ist ihrer Auffassung nach nur durch ein umfassendes Gleichstellungsgesetz zu gewährleisten, das insbesondere Mädchen und Jungen gleiche Ausbildungschancen durch eine rigorose Quotierung sichern müßte.



Die AsF-Bundeskonferenz wird sich nicht nur mit den Beschlüssen der konservativen Koalition gegen die Frauen befassen, wie zum Beispiel mit der Kürzung des Mutterschaftsurlaubs und des Mutterschaftsurlaubsgeldes, mit der unzureichenden Sozialhilferegelung, mit den angekündigten Änderungen des Paragraphen 218 StGB, mit den Bafög-Streichungen; die AsF wird sich auch überlegen müssen, mit welchen Mitteln der politischen Willensbildung und des parlamentarischen und außerparlamentarischen Protestes der konservativen Wende begegnet werden kann. Dabei geht die AsF davon aus, daß sie insbesondere in den Gewerkschafterinnen, aber auch in der autonomen Frauenbewegung Bündnispartnerinnen gegen die Einschränkung der Frauenrechte hat. Sie wird versuchen müssen, darüber hinaus Frauen für den gemeinsamen Widerstand gegen den Rückschritt in der Gleichstellung der Frau und für eine Gleichstellungsoffensive zu gewinnen.

In der friedenspolitischen Debatte wird es darum gehen, den Zusammenhang zwischen Abrüstung und Entwicklung zu betonen, die Diskussion um alternative Verteidigungsstrategien zu vertiefen und die Forderung nach einem atomwaffenfreien Europa zu bekräftigen. Die Bundeskonferenz 1981 hatte die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in Europa abgelehnt und sich gegen den Nato-Doppelbeschluß gewandt. Der Bundesvorstand der AsF rief entsprechend dieser Beschlußlage sowohl zur Friedensdemonstration am 10. Oktober 1981 als auch zu der am 10. Juni 1982 auf; er unterstützt den Aufruf zur Aktionswoche für den Frieden im Oktober dieses Jahres.

Die AsF-Bundeskonferenz wird die Partei mit allem Nachdruck auf ihre Pflicht zur innerparteilichen Gleichstellung der Frauen hinweisen. Auch wenn der Frauenanteil in der Bundestagsfraktion wieder auf 10,4 Prozent gestiegen ist, so ist diese Beteiligung skandalös niedrig in einer demokratischen Partei. Es gibt keine Neigung, durch Schutzquoten die Frauenbeteiligung zu sichern, aber es wird von den Vorständen der SPD auf Bundes- und Bezirksebene die Einlösung der Berliner Beschlüsse von 1979 zur Gleichstellung der Frauen in der Partei eingefordert. Dazu gehört eine systematische und rechtzeitige Planung der Kandidaturen auf Landes- und Bundesebene. Der Versuch, kurz vor den Wahlen Kandidatinnen in entlegenen, unsicheren Wahlkreisen unterzubringen, ist ein untaugliches Mittel, das zudem Frauen unerträglich verschleißt.

Für den AsF-Bundesvorstand kandidieren mit einer Ausnahme die bisherigen Bundesvorstandsmitglieder erneut, bis jetzt liegen zwei weitere Kandidatinnenvorschläge vor.

Neben die Arbeit für morgen wird - angesichts des Jubiläumsdatums - auch die Rückbesinnung und Würdigung der bisher geleisteten Arbeit der sozialdemokratischen Frauen und der SPD für die Frauen treten. Bei aller Kritik an der SPD, die in sich ein Spiegelbild der gesellschaftlichen Zustände ist, darf nicht vergessen werden, daß diese Partei trotz allem immer noch die einzige in der Bundesrepublik ist, die sich von ihren Anfängen bis heute am ernsthaftesten mit den Fragen der Gleichstellung der Frau auseinandergesetzt und diese auch vorangetrieben hat. Zu der Konferenz sind die Genossinnen als Ehrengäste geladen, die die Frauenarbeit nach 1945 getragen haben. Es werden Ehrengäste aus dem Ausland, an ihrer Spitze die Präsidentin der Sozialistischen Fraueninternationale, Lydie Schmitt, erwartet. Wir freuen uns über die angekündigte rege Beteiligung von Gewerkschafterinnen, aber auch anderer Frauenverbände. Willy Brandt, Peter Clotz und Antje Huber werden SPD-Vorstand und Präsidium, Herta Däubler-Gmelin die Bundestagsfraktion vertreten.

(-/8.6.1983/v0-he/rs)

+ + +



Hochwasserkatastrophe hausgemacht

Zehn Forderungen für eine notwendige Kurskorrektur

Von Dr. Liesel Hartenstein MdB

Arbeitsgruppe "Umweltpolitik" der SPD-Bundestagsfraktion

Eigentlich hätte man annehmen sollen, daß die unaufhaltsam steigenden Wasserfluten, die dieses Jahr schon zum zweiten Mal Schäden in Höhe von Hunderten von Millionen in unserem Land angerichtet haben, nicht nur die bedauernswerten Betroffenen aufschrecken, sondern auch die Fachleute und verantwortlichen Politiker. Aber weit gefehlt! Rundum herrscht zumeist hilfloses Schweigen. Als einziger hat der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) es gewagt, den Finger auf die Wunde zu legen, indem er sagte, die Überschwemmungen seien hausgemacht! Und er hat gewichtige Gründe für seine Auffassung.

Es führt nicht weiter, wenn nunmehr der Präsident der Bundesanstalt für Gewässerkunde in Koblenz, Dr. Schwille, meint, dagegen aufstehen zu müssen und beschwichtigend darauf hinweist, daß es Hochwasserkatastrophen schon immer gegeben habe, wie die Geschichte beweise. Und daß außerdem die Wirkungsmechanismen "viel zu komplex" seien, um sie einfach der menschlichen Fehlbarkeit und ihren Sünden wider die Natur anzulasten.

Haben wir nicht Ähnliches lange genug auch beim Waldsterben gehört? Erstens habe es das Tannensterben schon früher gegeben, und zweitens seien die Ursachen "viel zu komplex", als daß man die sich ausbreitende Tragödie einfach der Luftverschmutzung zuschreiben könnte. Wenn selbst Fachleute, statt die Gründe ernsthaft zu untersuchen, solche abwegelnden Positionen einnehmen, wer braucht sich dann noch zu wundern, wenn die, die eigentlich handeln müßten, dies begierig als Vorwand nehmen, um nichts zu tun. Für jeden klardenkenden Zeitgenossen kann kein Zweifel darüber bestehen, daß wir in den letzten 30 Jahren den Naturhaushalt gründlich durcheinandergebracht haben. Auch den Wasserhaushalt, und zwar nicht nur durch Gewässerverschmutzung, sondern auch durch unzählige Maßnahmen, die verhindern, daß der Regen, der vom Himmel kommt, wirklich in die Erde eindringt und die Grundwasservorräte stabilisiert.

Hier einige Fakten aus einem fast beliebig verlängerbaren Katalog:

1. In den letzten 35 Jahren hat sich die überbaute Fläche in der Bundesrepublik nahezu verdoppelt. In der gleichen Zeit ging die landwirtschaftlich genutzte Fläche um mehr als eine Million Hektar zurück. Allein in Baden-Württemberg nahm die Siedlungsfläche von 1950 bis 1980 um 177.000 ha (+ 82 Prozent) zu. Der größte Teil davon ist zubetoniert, also wasserundurchlässig.
2. Täglich werden weitere 164 ha Land verbraucht. Das ergibt pro Jahr einen Bodenverlust von rund 60.000 ha; damit wird ein Gebiet, das größer ist als der Bodensee, versiegelt und dem Naturkreislauf entzogen.
3. Das Straßennetz der Bundesrepublik umfaßt mittlerweile 482.000 Kilometer. Es gehört zu den engmaschigsten der Welt; auf ein Quadratkilometer Fläche kommen fast zwei Kilometer Straßen (1,89). Dabei sind die betonierten Feldwege und asphaltierten Waldwege noch gar nicht mitgerechnet; deren Zahl ist Legion.
4. Fast alle größeren Flüsse wie die Mosel, die Saar, der Neckar, der Main sind kanalisiert. Außerdem wurden zwischen 1965 und 1975 25.000 Kilometer Bachbegradigungen durchgeführt - Maßnahmen, die die Abflußgeschwindigkeit des Wassers enorm erhöhen.



5. Der größte Teil der Feuchtgebiete wurde in den letzten Jahrzehnten entwässert und trockengelegt. Von den 4.500 Quadratkilometer Mooren Niedersachsens blieben nur noch 250 Quadratkilometer übrig; und die ursprünglich 2.200 Quadratkilometer große Talsau des Rheins von Konstanz bis zur niederländischen Grenze ist heute zu drei Vierteln überbaut oder kultiviert.
6. Die Flurbereinigung hat die früher vielgestaltige, häufig kleinstrukturierte Landschaft, in deren tausendfachen Poren das Regenwasser versickern konnte, zu großflächigen Schlägen umgewandelt, die starken Regenfällen schutzlos preisgegeben sind. Mulden wurden beseitigt, Raine abgeholt, Feldgehölze und Hecken weggeräumt, Rinnale zugeschüttet, Wasserläufe verdolt und so fort. Hinzu kommt, daß wegen der vorherrschenden Monokulturen keine jahreszeitlich abwechselnde Vegetation mehr vorhanden ist, die das Wasser hält und den Boden vor Erosion schützt.

Fazit: Die Fläche des noch offenen, wasseraufnahmefähigen Bodens ist immer kleiner geworden;

die Wasserhaltefunktion des Bodens wurde bedeutend geschwächt;

die bei Regenfällen in Millionen Tonnen zusammenströmenden Wassermassen fließen in rasender Geschwindigkeit ab;

diese Wassermengen gehen gleichzeitig dem Boden und dem Grundwasservorrat verloren.

Ein Beispiel möge zeigen, um welche Dimensionen es geht: Man hat errechnet, daß allein von dem geplanten Verlängerungsstück der Startbahn auf dem Flughafen Stuttgart (knapp 1,5 Kilometer) bei einem starken Regen in 24 Stunden so viel Wasser abfließen würde, daß zum Abtransport 15 Güterzüge mit je 25 Kesselwagen erforderlich wären. Das bedeutet: Wieder ein gewaltiger Hochwasserschub für den Neckar und damit für den Rhein!

Aber es sind nicht nur die Großflächen, die das Unheil beschleunigen, es ist die Unzahl von versiegelten Kleinflächen - Parkplätze, Gehwege, asphaltierte Garageneinfahrten und so weiter und so weiter - kurz: Es ist die Summe der Sünden eines ungehemmten Bau- und Wohlstandswahns, der die Gesetze der Natur sträflich vernachlässigt hat.

Die steigenden Hochwasserfluten sind nur die eine Seite der Medaille, der sinkende Grundwasserspiegel ist die andere. Schon das Umweltgutachten 1978 hat festgestellt, daß der Grundwasserspiegel zwar regional unterschiedlich, aber im Schnitt um ein Meter bei uns abgesunken ist. Frage: Was wird, wenn einmal zu wenig Wasser vom Himmel fällt, wenn wir also Trockenzeiten haben?

Die Natur rächt sich langsam, aber bitter. Weil wir nicht bereit sind zu lernen, bekommen wir unnachtsichtig die Rechnung präsentiert. Es ist denkbar, daß sie unsere Enkel eines Tages nicht mehr bezahlen können.

Was muß geschehen?

Zehn Vorschläge für eine notwendige Kurskorrektur:

1. Alle Raumordnungs- und Verkehrsplanungen müssen unter Einbeziehung ökologischer Kriterien von Grund auf neu erarbeitet werden.



2. Bei Wohn- und Gewerbebauten müssen systematisch flächensparende Bauweisen gefördert werden. Die Modernisierung und Wiederbelebung der Altbausubstanz in den Innenstädten muß grundsätzlich Vorrang haben vor der Ausweisung neuer Bauflächen.
3. Ein neues Bodenrecht muß den Gemeinden die Instrumente in die Hand geben, um flächensparende Stadtplanungskonzepte durchführen zu können.
4. In den Ballungsräumen sind noch vorhandene Naturflächen, insbesondere Biotope, zu Tabuzonen zu erklären.
5. Überflüssige Straßenprojekte sind ersatzlos zu streichen; die geltenden Ausbaustandards für Straßen müssen spürbar reduziert werden.
6. Nicht mehr benötigte Straßenstücke sind zu rekultivieren; ebenso müssen asphaltierte Flächen, wo immer es geht, durch Rasensteine ersetzt werden, zum Beispiel bei Parkplätzen, Hofflächen, Freizeiteinrichtungen, Sportstätten und so weiter.
7. Im Uferbereich von Flüssen und Bächen muß eine große Renaturierung stattfinden: Durch Anlage von unregelmäßigen, eingebuchteten Uferzonen, in denen das Wasser verweilt, durch Wiederaufbau von Mäandern, um die Fließgeschwindigkeit zu verringern und anderes mehr. Alle noch vorhandenen Auwälder und Überschwemmungswiesen müssen ausnahmslos unter Schutz gestellt werden.
8. Pläne, die Donau zwischen Regensburg und Passau wegen des Rhein-Main-Donau-Kanals hochwasserdicht zu machen und 1.600 Altwässer trocken zu legen, müssen unverzüglich zurückgezogen werden.
9. Die Gelder des Grünen Plans sind ab sofort umzupolen und für eine wenigstens teilweise Wiedergutmachung der größten Fehler zu verwenden, die bei der Flurbereinigung begangen worden sind (siehe Kaiserstuhl!).
10. Die Genehmigungsbehörden, voran Landratsämter und Regierungspräsidien, müssen das Neinsagenlernen und Ausdehnungswünschen sowie Straßenbauwünschen der Gemeinden widerstehen, wenn sie unter Umweltverträglichkeitsgesichtspunkten nicht mehr vertretbar sind.

Die Gefahr ist groß, daß Abhilfe in der falschen Richtung gesucht wird, nämlich durch Anlage von neuen Talsperren und Rückhaltebecken, die zwar unter bestimmten Bedingungen sinnvoll sein können, aber uns nicht der Pflicht entheben, dem Übel an der Wurzel zu Leibe zu rücken. Dazu ist es nötig, ehrlich Bilanz zu ziehen und radikal umzudenken, im wahrsten Sinne des Wortes.

(-/8.6.1983/ks/rs)

+ + +

